

Bündnis gegen Kürzungen Dresden

**20.03.2025 | 16:30 Uhr
Rathaus - Goldene Pforte**



**Kürzungen?
NICHT MIT UNS!**

**Jetzt geht es um alles!
Geht mit uns auf die Straße!**

Ein Kahlschlag droht

Von Dorit, Sozialarbeiterin

150 Millionen Euro sollen 2025/26 in der Stadt Dresden gekürzt werden: Bei Sozialleistungen, bei den Verkehrsbetrieben, bei der Kinder- und Jugendhilfe, der Schulsozialarbeit, bei Beratungsstellen, der Migrationssozialarbeit, bei Breitensport, Museen, Theatern und Bibliotheken. Einige Einrichtungen sind seit Januar schon zu. Stellen in der Stadtverwaltung (also auch bei den Ämtern, die wir alle nutzen) sollen nicht wiederbesetzt werden. Kita- und Parkgebühren sollen erhöht werden.

Alle hier lebenden Menschen werden betroffen sein.

Wir, die Menschen im Bündnis gegen Kürzungen, sagen von Anfang an: „Kürzungen – nicht mit uns!“ Wir nehmen nicht hin, dass einerseits zig Millionen für Prestigeobjekte ausgegeben werden, dass bundesweit Milliarden für die Rüstung bereitgestellt werden, dass Großkonzerne und

Superreiche kaum Steuern zahlen – und im Gegenzug bei denen gespart wird, die Hilfe benötigen und alles am Laufen halten.

Wir haben im November unsere gleichnamige Petition gestartet: „Kürzungen – nicht mit uns!“ Diese sammelte in kurzer Zeit über 20.000 Unterzeichnende.

Im Stadtrat wurde über unsere Petition noch nicht einmal gesprochen – obwohl über den Haushalt am 20. März abgestimmt werden soll. Auch die Petitionen für den Erhalt und Ausbau der Jugend- und Gleichstellungsarbeit, gegen die Erhöhung der Kita-Gebühren und für den Erhalt des ÖPNV fanden riesige Zustimmung, wurden vom Stadtrat aber bisher weitgehend ignoriert. Zudem wurden etwa 4000 begründete Einwendungen gegen den Haushaltsentwurf zurückgewiesen. Dieses Vorgehen ist undemokratisch.

Am 20. März, wenn der Stadtrat vermutlich über den Haushalt

berät, werden wir deshalb erneut vor das Rathaus ziehen und den Stadträt*innen zeigen, was wir erwarten: die Ablehnung aller Kürzungen!

Mit diesem Falblatt möchten wir Sie informieren, was die Kürzungen in einigen Bereichen für Auswirkungen haben würden. Wir können aus Platzgründen nicht alle Bereiche berücksichtigen. Hier finden Sie detaillierte Informationen:



Und wir möchten Sie bitten: Kommen Sie mit zu unserer Kundgebung am 20.03, damit wir noch sichtbarer werden und der Wille der hier lebenden Menschen beachtet wird. Lassen Sie uns gemeinsam für ein lebenswertes Dresden kämpfen!

Jugend- und Gleichstellungsarbeit kürzen? – Nicht mit uns!

Von Franziska und Susanne aus der Kampagne "Jugendarbeit und Gleichstellung sichern"

Jugendarbeit

... sind Maßnahmen, die Kindern und Jugendlichen helfen, sich gut zu entfalten. Sie richten sich an junge Menschen und ihre Familien, unterstützen bei Problemen, bieten Möglichkeiten sinnvoller Freizeitgestaltung und fördern die Entwicklung. Dazu gehören z.B. Kindertreffs, Jugendhäuser, Familienzentren, Streetwork, Bildungsprojekte, Ferienfahrten und Schulsozialarbeit.

Gleichstellungsarbeit

... hat das Ziel, dass alle Menschen gleiche Rechte und Chancen haben, unabhängig vom Geschlecht. Sie soll helfen, Vorurteile abzubauen und gleiche Möglichkeiten für alle zu schaffen. Dafür gibt es z.B. Fachstellen und geschlechtersensible Angebote. Beides ist eng miteinander verbunden. Freie Träger, z.B. Vereine und Verbände, bekommen dafür Finanzmittel von der Stadt Dresden.

Kürzungen

Nach dem Haushaltsvorschlag des Oberbürgermeisters sollen 8,7 Millionen Euro in diesen Bereichen gestrichen werden. Das bedeutet:

- Schließung von 21 Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit ab April
- Wegfall der Schulsozialarbeit an 18 Schulen
- Kürzung von Personal in 27 weiteren Einrichtungen
- Wegfall der Zuschüsse für Ferienfahrten für Familien mit wenig Geld
- Streichung der Fachstellen

Jungen*- und Männer*arbeit und für die Arbeit mit Mädchen* und jungen Frauen*

Zusätzlich erhalten alle Einrichtungen 8,3% weniger Geld als 2024.

Konkrete Beispiele

Der Kindertreff Känguruh in der Neustadt muss nach fast 30 Jahren schließen. Er war für viele Kinder



und Jugendliche eine wichtige Anlaufstelle mit täglichen, kostenlosen, kreativen Angeboten und ein Ort der Zuflucht. Hier konnten sie spielen, lernen und ihre Sorgen teilen. Viele Familien fanden Unterstützung und Entlastung. Der Treff half den Kindern, persönliche Herausforderungen zu überwinden, und förderte ihre Entwicklung. Die Schließung bedeutet einen großen Verlust.

Die stadtweit arbeitenden Fachstellen Jungen- und Männerarbeit und für die Arbeit mit Mädchen* und jungen Frauen* sind gestrichen. Dadurch verlieren hoch belastete Fachkräfte z.B. aus Kinder- und Jugendpsychiatrien, Schulen und Schulsozialarbeit, Wohngruppen, Kindertagesstätten oder Familienhelfer*innen ihre

direkten Ansprechpartner*innen für Fachberatung sowie konkrete Unterstützungsangebote. Auch das Mädchenprojekt Maxi wird geschlossen. Das heißt, dass alle Tandem-Angebote für Schüler*innen zur gesundheitlichen und sexuellen Bildung sowie zur Gewaltprävention wegfallen. Kinder und familienunterstützende Angebote, die mit ihrer Arbeit die Stadtteile bereichern, wie die Kontaktstelle Koitschgraben in Reick, oder das Familienzentrum Tapetenwechsel in Niedersedlitz werden gestrichen.

Wir brauchen Ihre Hilfe!

Viele geschützte Orte für Beratung und Begleitung, politische und gesundheitliche Bildung, Freizeitgestaltung, Jugendverbandsarbeit sowie Schulung für Fachkräfte fallen ersatzlos weg. Ein ganzes Netz an Unterstützung für junge

Menschen und deren Familien gerät damit ins Wanken.

Es trifft vor allem junge Menschen, die in unserer Gesellschaft ohnehin benachteiligt sind.

Diese verlieren nicht nur ihre Ansprechpersonen vor Ort, sondern auch ihre Interessenvertretung in der Stadt. Unterstützen Sie uns, damit unsere Stadt für alle Menschen lebenswert bleibt! Demonstrieren Sie mit uns gegen die Kürzungen! Wenden Sie sich an die Abgeordneten des Stadtrats und teilen Sie ihnen mit, dass Sie mit den Kürzungen nicht einverstanden sind.

Kürzen bei DVS und DVB? Ne! Ne! Ne!

Von Bernhard von "Wir fahren zusammen"

Montag. Du bist Schüler. Du wartest im Regen an der Haltestelle. Der Bus fällt wieder aus. Du rennst nach Hause und fragst deine Eltern, ob sie dich mit dem Auto fahren. Stau. Du kommst 30 Minuten zu spät zur Schule. Dienstag. Du bist Studentin. Die Sonne knallt. Du versuchst dich an der Tharandter Straße vergeblich noch in die gerammelt volle 61 zu quetschen. Mobi Bikes gibt's keine mehr - es bleibt nichts übrig als zu rennen. Schweißgebadet stürzt du in die Prüfung. Mittwoch. Du bist Busfahrer. Mal wieder hat man dich kurzfristig wegen Krankheit trotz Überstunden umdisponiert. Du fühlst dich leer. Irgendwie versuchst du, im Gegeneinander da draußen zu überleben. An der nächsten Haltestelle zeigt dir mal wieder ein Fahrgast, dass er eine neue Uhr hat. Die Türen öffnen, piepen, schließen, du fährst los. Du denkst nach. Gestern haben sie einem Freund gekündigt, obwohl du auf Lohn verzichtet hattest, um das zu verhindern. Mit Entgeltgruppe 5 speist man dich als Fahrer ab, während andere 11 und 14 bekommen. Wenn du streiken willst, redet man dir von allen Seiten ein, es gehe dir gut. Du bist verbittert. Vor kurzem ist ein lieber Kollege gestorben - *wo soll das noch hinführen?* denkst du. Du bemerkst Bremslichter. Zu spät... Donnerstag. Du bist Krankenpfleger. Nachdem du die ganze Zeit über die Station

gerannt bist, willst du nur noch nach Hause, dich einfach nur noch hinsetzen. Mehr nicht. Aber die Bahn ist überfüllt, es ist laut und stinkt nach Schweiß. Du musst stehen. Freitag. Du bist Rentnerin. Du würdest jetzt zum Bingo fahren. Mit dem Mobishuttle war das für dich noch möglich, doch ohne kommst du seit Monaten nicht mehr vom Sofa weg. Endlich Wochenende. Du bist Vater. Mit der Familie geht ihr nach der langen Woche an der Elbe spazieren und wollt mit der Fähre, die deine Tochter so liebt, zum Biergarten fahren. Den Frühlingssnachmittag dort verbringen. Als ihr dort ankommt, stellt ihr fest: die Fähre gibt es nicht mehr.

Ob du Schülerin, Student, Busfahrerin, Krankenpfleger, Rentnerin, Vater oder Tochter bist: Die Kürzungen betreffen dich. Jeden Tag der Woche werden sie auch im Nahverkehr deinen, meinen und den Alltag von uns allen in Dresden verschlechtern. Dass gekürzt wird, ist nicht in Stein gemeißelt. Es ist nicht nötig. Es ist eine politische Entscheidung. Während die Reichen immer reicher werden, wird dein Leben kaputtgekürzt.

Leipzig geht voran: Statt zu kürzen, wird investiert. Bus und Bahn werden ausgebaut. Mobilität für alle. Unsere Petition für den Erhalt und Ausbau des ÖPNV mit 32.223 Unterschriften zeigt, dass du, ich und wir alle das auch für Dresden

wollen. Darum braucht es dich am 20.3. vor dem Rathaus! Mit vielen können wir ein starkes Zeichen setzen!

Wir fahren zusammen!

Willst du langfristig nicht länger hinnehmen, dass die Politiker*innen deine Zukunft durch mangelhafte Daseinsvorsorge immer weiter untergraben? Dann sei dabei: Wir fahren zusammen ist eine Initiative aus der Klimagerechtigkeitsbewegung, die Beschäftigte beim Arbeitskampf unterstützt. Denn ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf uns alle!

Die Prioritäten von Hilbert, CDU, AfD und Co.

Während der ÖPNV dramatisch ausgedünnt werden soll, wird im Stadtrat überlegt, 49 Millionen Euro für den umweltschädlichen, anwohner*innenfeindlichen und unnötigen vierspurigen Ausbau der Königsbrücker Straße auszugeben. Nicht nur beim Verkehr zeigt sich immer wieder, dass die Stadtratsmehrheit bereit ist, die Kürzungen von Land und Bund nach unten weiterzugeben. Rechte und konservative Politiker*innen lenken von den realen Problemen ab, wenn sie behaupten, Geflüchtete würden zu viel kosten. Denn es sind die Politiker*innen selbst, die hunderte Milliarden in die Aufrüstung der Bundeswehr stecken, die soziale Infrastruktur kaputtsparen und sich weigern, Reiche ernsthaft zu besteuern. Und die Bevölkerung soll zahlen. Wenn wir uns diesem Angriff entgegenstellen wollen, dürfen wir uns nicht nach Nationalitäten spalten lassen. Der Kampf gegen die Haushaltskürzungen ist deshalb auch ein Kampf gegen die Rechtsextremist*innen, deren Hetze auf dem Boden der Sparpolitik gedeiht.



Unsere Arbeit wird eingestampft - Dresden verliert nicht nur an Lebensqualität

Von Beschäftigten beim Frauen- und Mädchengesundheitszentrum MEDEA, dem Frauenförderwerk und dem Väterzentrum Dresden

Mädchen* und Frauen* werden nicht mehr adäquat zu Themen der Gewaltprävention, Gesundheitsförderung und sexueller Bildung versorgt. Das Mütter*gesundheitsprojekt bei Medea wurde bereits zum 01.01. geschlossen. Das Mädchen*projekt MAXI wird ab dem 01.04. nicht mehr durch die Stadt gefördert. Ein Projekt für 35.000 Alleinerziehende vom Frauenförderwerk e.V. wurde ab dem 01.01. eingestellt.

Auch die praktische Väterarbeit ist gestrichen. 10 Jahre Aufbauarbeit: umsonst! Für Väter fallen stark nachgefragte und auf sie zugeschnittene Angebote wie das Vater-Kind-Wochenende, Kurse zur gewaltfreien Kommunikation oder die Gruppe für frühverwaiste Väter weg.

Für die Vereine bedeutet das Personalabbau und eine Überlastung der Träger. Darüber hinaus befürchten wir, dass das erst der Anfang der Kürzungswelle ist. Für Dresden bedeutet das einen Verlust vor allem an Lebensqualität, aber auch an bereits investierten Geldern und Facharbeit. Themen der Geschlechtergerechtigkeit werden unsichtbar. Eltern werden leiden, aber vor allem auch ihre Kinder.

Straßensozialarbeit: Es geht um Existenzen!

Unser Projekt SafeDD (Streetwork für Erwachsene Dresden) ist in Altstadt, Neustadt, Friedrichstadt, Gorbitz und Prohlis direkt vor Ort tätig. Wir arbeiten mit Menschen, deren Lebenswelten durch komplexe Herausforderungen geprägt sind (z.B. Suchterkrankung, Obdachlosigkeit, finanzielle Nöte, psychische/physische Erkrankungen) und vom gängigen Hilfesystem nicht erreicht werden. Unsere Statistik belegt: Krisen, psychische Erkrankungen, Wohnungsnotfälle, finanzielle Nöte und Armut steigen. Die Komplexität der Fälle nimmt zu. Unterstützungsbedarfe wachsen. Das Angebot von SafeDD wird immer bedeutender. Trotz vom Dresdner Stadtrat ermöglichter Übergangsfinanzierung, ist das weitere Projektbestehen ungewiss. Seit über einem halben Jahr kämpfen wir dafür, dass mehr als 1.245 Menschen, die sich z.T. in der extremsten Form von Armut befinden, künftig nicht ohne Ansprechperson sind.

Erforderlich wäre ein Haushaltsbeschluss über eine mehrjährige, sichere Förderung von SafeDD, damit der Fokus unserer Arbeit wieder zu 100% auf den originären Aufgaben liegen kann. Auch erforderlich wäre das Aufrechterhalten einer vielfältigen Angebotsstruktur. Denn Vermittlung in die bestehende Angebotslandschaft, ist eine der wichtigsten Aufgaben von Streetwork – doch wohin vermitteln, wenn die Angebotslandschaft zu stark ausgedünnt ist und die Versorgungskapazitäten nicht reichen?

Schon jetzt werden die Folgen seit Januar 2025 weggebrochener Angebote spürbar. Es geht also nicht nur um SafeDD. Es geht immer um alle, die gesamte Dresdner Gesellschaft. Damit die Gesellschaft funktioniert, Krisen und somit Zusatzausgaben frühzeitig abgewendet werden können, muss eine Investition in die Infrastruktur in die Gesellschaft – also in soziale, kulturelle, bildende Angebote und Teilhabeförderung auf allen Ebenen – erfolgen.

1 500 000€ weniger für Schulsozialarbeit

Von Robert, Grundschullehrer und aktiv bei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Im Kürzungshaushalt von Oberbürgermeister Hilbert werden die Mittel für die Schulsozialarbeit drastisch gekürzt: An mindestens 18 Schulen sollen die Stellen gestrichen werden. Dieser massive Eingriff läuft den aktuellen Entwicklungen entgegen. Aufgrund stark gestiegener Belastungen von Kindern und Jugendlichen besteht ein größerer Bedarf an Schulsozialarbeiter*innen. Viele Schüler*innen benötigen heute mehr denn je Unterstützung, um ihren Schul- und Lebensalltag zu meistern. Durch die Kürzungen fällt für Viele eine wichtige und verlässliche Hilfe weg. Sehenden Auges nimmt die Stadt Dresden hier eine steigende Zahl an Bildungsverlierern in Kauf. Das wiederum wird sich später negativ im Haushalt bemerkbar machen, wenn die benötigte Unterstützung einem Vielfachen dessen entspricht, was heute helfen würde. Die Stadt denkt kurzfristig, spielt mit der Zukunft vieler junger Menschen und verschärft perspektivisch soziale Konflikte.

Diese Schuld trägt die Stadt jedoch nicht allein. Der Freistaat und der Bund müssen ihre Kommunen finanziell so ausstatten, dass den Kindern und Jugendlichen die bestmögliche Bildung zuteil wird und sie mit Zuversicht in ihre Zukunft starten können. Statt weniger braucht es mehr Schulsozialarbeit! Wenn die Kommune aber nicht um das dafür nötige Geld kämpft, sondern die Kürzungen nach unten weitergibt, ist sie Teil des Problems.

V.i.S.d.P. Steve Hollasky, c/o Haus der Begegnung, Großhainer Str. 93, 01127 Dresden